

BIHK Konjunkturbericht

Frühjahr 2019

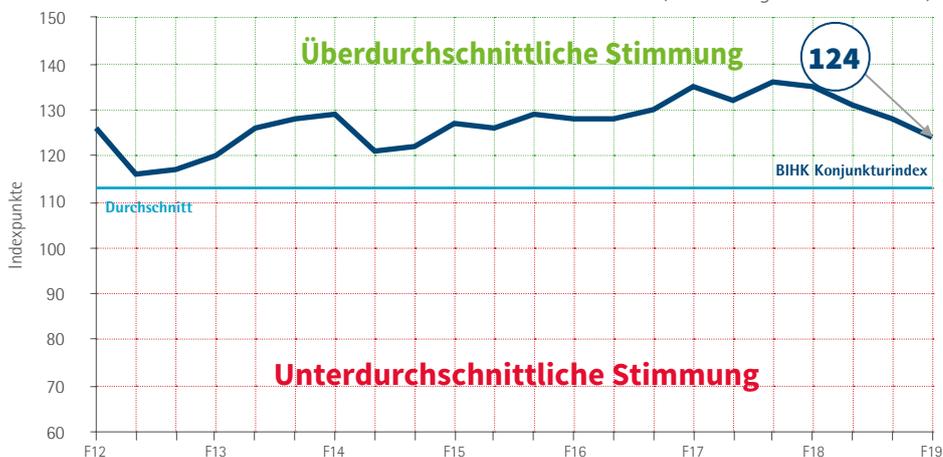
Talfahrt setzt sich fort

Die Stimmung der bayerischen Wirtschaft hat sich merklich abgekühlt. Das langsamere Wachstum der Weltwirtschaft, politische Unsicherheitsherde wie der Zollkonflikt zwischen den USA und China, der Brexit oder Risiken in der Automobilindustrie dämpfen das Herz der bayerischen Wirtschaft – die Industrie. Aber auch die Boom-Branche, die Bauwirtschaft, ist mit weniger Schwung als in den Vorjahren in den Frühling gestartet. Zur weiteren Expansion fehlen der Branche vor allem Fachkräfte. Recht stabil ist die Stimmung hingegen unter den Dienstleistern und im Einzelhandel. Auch mittelfristig gehen die Unternehmen von einem schwächeren Wachstum aus. Ihre Investitions- und Beschäftigungspläne wollen sie daher weniger stark ausweiten.

Gemessen am BIHK-Konjunkturindex ist die Stimmung der bayerischen Wirtschaft von 128 auf 124 Punkte gesunken. Zum Jahresbeginn 2018, dem bisherigen Höhepunkt des aktuellen Konjunkturzyklus, klafft mittlerweile eine Lücke von 12 Indexpunkten. Dies ist der stärkste Rückgang seit der Eurokrise im Jahr 2011/12. Die Unternehmen sind mit ihrer aktuellen Geschäftslage unzufriedener als zu Jahresbeginn: Der Saldo aus positiven und negativen Lageurteilen sinkt von 50 auf 43 Punkte. Im langfristigen Vergleich ist dies ein deutlicher Rückgang, allerdings auch kein Krisenwert: Im Rahmen der Finanzkrise ist die Geschäftslage in der Spitze zwischen Herbst 2008 und Jahresbeginn 2009 um 19 Zähler abgestürzt. Der Rückgang der Lageurteile deutet damit auf eine Wachstumsverlangsamung, nicht jedoch auf eine scharfe Rezession hin. Dies zeigt sich auch daran, dass noch immer rund jedes zweite Unternehmen seine Geschäftslage als „gut“ bezeichnet und weniger als jedes zehnte ein negatives Votum abgibt. Auch in den kommenden zwölf Monaten dürfte die bayerische Wirtschaft immer noch – wenn auch schwach – wachsen bzw. stagnieren, denn die Unternehmen haben ihre Erwartungen nochmals leicht reduziert: Rund jedes fünfte Unternehmen rechnet mit einem Geschäftsplus, 14 % der Betriebe befürchten allerdings eine Eintrübung. Mit 7 Punkten liegt der entsprechende Saldo auf dem niedrigsten Stand seit 2013, jedoch noch immer knapp im Plus.

Ihre Investitions- und Personalplanungen haben die Unternehmen ebenfalls nach unten korrigiert. Dies bedeutet zweierlei: Zum einen wird kurzfristig die Nachfrage gedämpft, denn Investitionen eines Unternehmens sind Aufträge bzw. Nachfrage für ein anderes. Und werden weniger neue Arbeitsplätze geschaffen, steigen die Einkommen und damit die Konsummöglichkeiten nicht mehr so stark. Zum anderen ist dies ein Signal, dass das Wachstum mittelfristig schwach bleibt: Eine schwächere Nachfrage können die Unternehmen mit vorhandenen Ressourcen bedienen. Im Falle einer kräftigen Nachfragebelebung würden sie zusätzliches Personal einstellen und neue Kapazitäten schaffen.

(Fortsetzung auf der Rückseite)

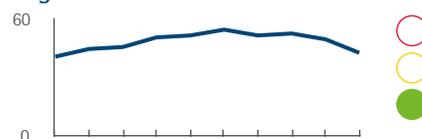


47 %

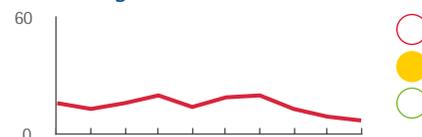
der Unternehmen sehen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Geschäftsrisiko

Kurzübersicht*

Lage



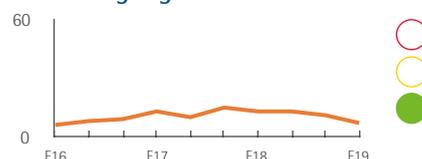
Erwartungen



Investitionen



Beschäftigung



* Frühjahr 2016 bis Frühjahr 2019; Differenz der Anteile aus positiven und negativen Bewertungen.



Industrie

Die bayerische Industrie steht weiter mit dem Fuß auf der Bremse. Die Unternehmen melden eine nur schwache Nachfrage aus dem In- und Ausland sowie eine niedrigere Auslastung als zu Jahresbeginn. Entsprechend unzufriedener sind die Unternehmen mit ihrer aktuellen Geschäftslage: Nur noch 45 % der Unternehmen bezeichnen sie als „gut“, 11 % hingegen als „schlecht“. Wie stark sich die Lage eingetrübt hat, zeigen sowohl der Vergleich zur Vorumfrage – zu Jahresbeginn lag der Saldo dieser beiden Anteile noch bei 46 Punkten, nun sind es nur noch 34 Punkte – als auch der Abstand zum bisherigen konjunkturellen Höhepunkt von Jahresbeginn 2018: Vor rund einem Jahr lag der Wert noch bei 59 Punkten, die aktuellen Bewertungen liegen somit um 25 Zähler niedriger. Einen schärferen Rückgang hat es seit 1993 lediglich drei Mal gegeben: Nach Platzen der New-Economy-Blase 2000/2002 (Rückgang: -51 Zähler), während der Finanzmarktkrise 2008/2009 (-84 Zähler) und im Rahmen der Euroschuldenkrise 2011/2013 (-31 Zähler).

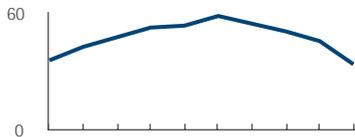
Die Geschäftserwartungen der Unternehmen deuten nicht auf eine schnelle Besserung hin: Rund jedes fünfte Industrieunternehmen rechnet zwar mit einer Geschäftsbelebung, fast genauso viele, 18 %, jedoch mit einer Eintrübung. Im Vergleich zum Jahresbeginn sind die Erwartungen damit nochmals gesunken – von 8 auf 2 Punkte. Gemessen am Saldo deuten die Einschätzungen auf ein äußerst schwaches Wachstum, wenn nicht sogar auf eine Stagnation hin. Sowohl was das In- als auch das Auslandsgeschäft betrifft, haben die Unternehmen ihre Erwartungen herabgesetzt.

Besonders herausfordernd ist die Entwicklung bei den Investitionsgüterproduzenten. Dazu zählen die Hersteller von Maschinen und Fahrzeugen. Hier rechnen mittlerweile mehr Unternehmen mit einer Eintrübung als mit einem Wachstum. Neben den besonderen Herausforderungen der Autoindustrie spüren diese Branchen, dass die Investitionsneigung in anderen Industriebranchen nachlässt: Per Saldo sinken die Investitionspläne aller Industriebetriebe auf den niedrigsten Stand seit sechs Jahren. Damit dürfte die Investitionsdynamik an Schwung verlieren. Die Zurückhaltung betrifft sowohl die Investitionen im Inland als auch im Ausland. Besonders scheinen die Unternehmen einen Aufbau neuer Kapazitäten zu hinterfragen: Gefragt nach dem Investitionsmotiv nennen den Kapazitätsaufbau vergleichsweise wenige Unternehmen. Dies zeigt, dass die Unternehmen nicht nur auf kurze Frist mit einem schwierigen konjunkturellen Umfeld rechnen, sondern auch auf mittlere Frist vorsichtiger agieren.

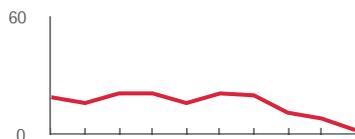
Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Beschäftigungspläne: Nur noch 17 % der Industrieunternehmen möchten neue Arbeitsplätze schaffen, 15 % planen hingegen einen Jobabbau. Mit einem Saldo von 2 Punkten liegt der Beschäftigungsindikator nur noch knapp im Plus.

15 % der Industriebetriebe planen einen Stellenabbau – der höchste Stand seit sechs Jahren.

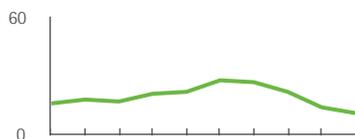
Lage



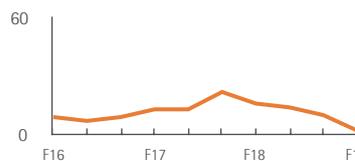
Erwartungen



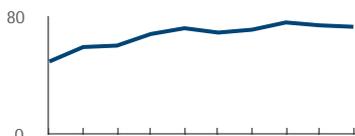
Investitionen



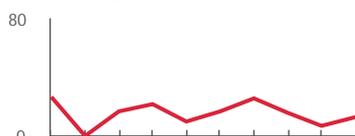
Beschäftigung



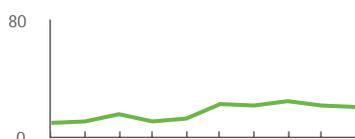
Lage



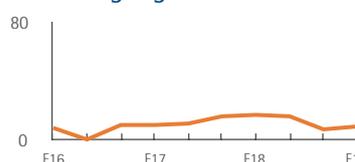
Erwartungen



Investitionen



Beschäftigung



Bau

Im bayerischen Baugewerbe ist die aktuelle Geschäftslage nach wie vor sehr gut: 76 % der Unternehmen sind zufrieden und fast keines bezeichnet seine Geschäftslage als „schlecht“. Per Saldo liegt die Lage mit 74 Punkten nahe am Rekord von 77 Punkten. Die Unternehmen berichten von steigenden Auftragszahlen in den vergangenen Monaten, wobei allerdings nicht mehr die Dynamik aus dem Vorjahr erreicht wird. Dennoch sind die Betriebe weiterhin sehr gut ausgelastet und der Auftragsbestand ist recht hoch.

Für die kommenden zwölf Monate bleiben die Unternehmen grundsätzlich optimistisch: 21 % rechnen mit einer Belebung, nur 8 % mit einer Eintrübung. Per Saldo sind die Erwartungen gegenüber Jahresbeginn von 7 auf 13 Punkte angestiegen. Dies ist jedoch eine vergleichsweise schwache Belebung, denn die Bauunternehmen erhöhen ihre Prognosen üblicherweise immer im Frühjahr. Vergleicht man daher den Wert mit der Umfrage vom Frühjahr 2018, so zeigt sich, dass der Optimismus spürbar gesunken ist: Damals rechneten 28 % mit Wachstum und lediglich 2 % mit einer Eintrübung. Damit dürften die Wachstumsraten in den kommenden Monaten schwächer als im Vorjahr ausfallen. Dies dürfte drei Gründe haben: Der wichtigste Grund ist der Fachkräftemangel: 85 % der Betriebe sehen ihn als Geschäftsrisiko an. Ohne zusätzliche Fachkräfte können die Unternehmen nicht wachsen. Die zweite Ursache dürfte sein, dass die Aufträge im Wohnungsbau nicht mehr so stark ansteigen, denn neue Bauprojekte zu finden bzw. eine Genehmigung zu erhalten, wird immer schwieriger. Die dritte Ursache ist die Investitionszurückhaltung anderer Branchen. Sie führt auch dazu, dass das Auftragsplus im Wirtschaftsbaubereich niedriger ausfallen wird.

Für 85 % der Bauunternehmen ist der Fachkräftemangel ein Geschäftsrisiko.



Diensteleister

Die bayerischen Diensteleister bleiben auf stabilem Wachstumskurs. Die Unternehmen sind mit ihrer aktuellen Geschäftslage weiterhin recht zufrieden: 54 % bezeichnen ihre Geschäftslage als „gut“, nur 5 % sind unzufrieden. Per Saldo sinken die Lageurteile gegenüber Jahresbeginn leicht, von 53 auf 49 Punkte. Im langfristigen Vergleich laufen die Geschäfte somit nach wie vor sehr gut.

Für die kommenden zwölf Monate bleiben die bayerischen Dienstleistungsunternehmen verhalten optimistisch: 23 % der Dienstleistungsunternehmen rechnen mit einer Geschäftsbelebung, 12 % mit einer Eintrübung. Zu Jahresbeginn lag das Verhältnis bei 23 zu 11. Damit wird die Branche auch in den kommenden Monaten moderat wachsen.

Etwas vorsichtiger als zuletzt agieren die Unternehmen allerdings bei ihren Personalplanungen: Zwar möchten 23 % der Diensteleister und damit fast so viele wie zu Jahresbeginn (25 %) Personal einstellen. Der Anteil der Unternehmen, die Stellen streichen müssen, ist jedoch von 9 auf 13 % angestiegen. Das ist der höchste Wert seit vier Jahren. Per Saldo sinken die Beschäftigungspläne von 16 auf 10 Punkte. Der Stellenaufbau im bayerischen Dienstleistungsgewerbe wird damit weitergehen, der Zuwachs wird jedoch nicht mehr ganz so hoch sein.

Unverändert schwierig dürfte sich allerdings die Suche nach neuen Arbeitskräften gestalten, denn nach wie vor sehen 62 % der Unternehmen im Fachkräftemangel ein Risiko für die eigene Geschäftsentwicklung. Dies entspricht den Einschätzungen vom Jahresbeginn.

Die Dienstleistungsbranche möchte in den kommenden Monaten ordentlich investieren. Allerdings wird die Investitionsdynamik nicht mehr an die hohen Raten des vergangenen Jahres heranreichen. Per Saldo liegen die Investitionspläne mit 19 Punkten auf dem Niveau vom Jahresbeginn, jedoch deutlich unterhalb des Vorjahresniveaus von 27 Punkten. Auch der Anteil der Unternehmen, die auf Investitionen verzichten, ist mit 11 % recht hoch. Dies zeigt, dass die Diensteleister bei ihren mittelfristigen Planungen vorsichtig agieren.

Innerhalb der Dienstleistungsbranche ist die konjunkturelle Entwicklung jedoch traditionell recht unterschiedlich. Während bei unternehmensnahen Dienstleistern, wie beispielsweise der Werbebranche, die Nachfrage stärker schwankt, sind die personenbezogenen Dienstleistungen, wie insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung, spürbar weniger von konjunkturellen Schwankungen betroffen. Auch aktuell zeigt sich dieses Bild: Die unternehmensbezogenen Diensteleister haben ihre Lageurteile im Vergleich zum Jahresbeginn reduziert, die Einschätzungen der personenbezogenen Diensteleister sind hingegen stabil geblieben.

Für 62 % der bayerischen Diensteleister bleibt der Fachkräftemangel ein Geschäftsrisiko.



Handel

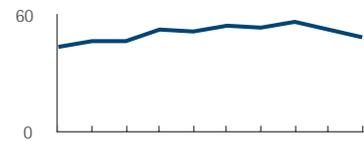
Die Stimmung im bayerischen Handel hat sich eingetrübt. Die Händler sind mit ihrer aktuellen Geschäftslage nicht mehr so zufrieden wie zu Jahresbeginn. Auch für die kommenden zwölf Monate sind die Unternehmen nur verhalten optimistisch. Zwischen den zwei Teilbereichen, dem Groß- und Einzelhandel, ist die Stimmung jedoch sehr unterschiedlich.

Die Rahmenbedingungen für starke Einzelhandelsumsätze bleiben grundsätzlich gut: Steigende Einkommen, sichere Arbeitsplätze und Beschäftigungsaufbau sowie günstige Finanzierungsbedingungen schieben den privaten Konsum an. Im langfristigen Vergleich sind die Einzelhändler weiterhin sehr zufrieden. Auch für die kommenden Monate erwarten sie per Saldo eine stabile Geschäftsentwicklung. Diese positiven Einschätzungen überdecken jedoch den nach wie vor sehr hohen Wettbewerbsdruck. Eine Ursache hierfür ist der zunehmende Online-Handel, der vor allem stationäre Händler unter Druck setzt. Dies zeigt sich daran, dass mehr Unternehmen mit einem Umsatzplus im Online-Handel als im stationären Handel rechnen. Einzelhändler ohne Online-Geschäft profitieren folglich weniger stark von den günstigen Rahmenbedingungen.

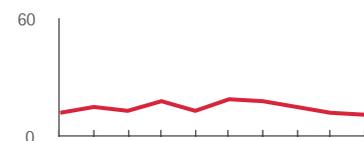
Im Gegensatz zum Einzelhandel ist der Großhandel vor allem von der Nachfrage anderer Branchen abhängig. Die Grossisten spüren folglich die konjunkturelle Abschwächung deutlicher: Mit ihrer aktuellen Geschäftslage sind die Großhändler daher spürbar unzufriedener. Per Saldo ist sie vom Rekordwert zu Jahresbeginn, 49 Punkte, auf 35 Punkte gesunken. Auch ihre Aussichten für die kommenden Monate haben die Unternehmen reduziert: Der Saldo der Erwartungen ist von 22 auf 1 Punkt eingebrochen. Dies deutet darauf hin, dass auch der Großhandel nicht sonderlich stark wachsen dürfte.

Die Geschäfte im Großhandel haben sich eingetrübt: Per Saldo sind die Lageurteile vom Rekordwert zu Jahresbeginn, 49 Punkte, auf 35 Punkte kräftig gesunken.

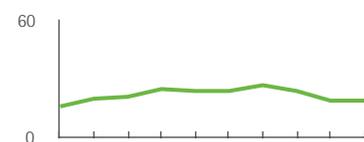
Lage



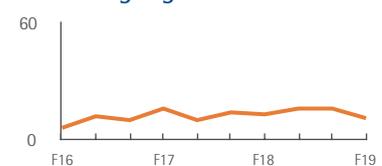
Erwartungen



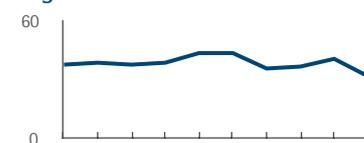
Investitionen



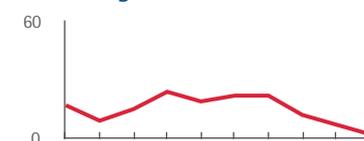
Beschäftigung



Lage



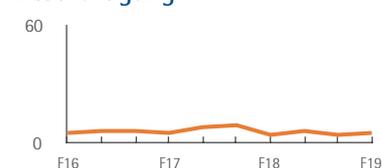
Erwartungen

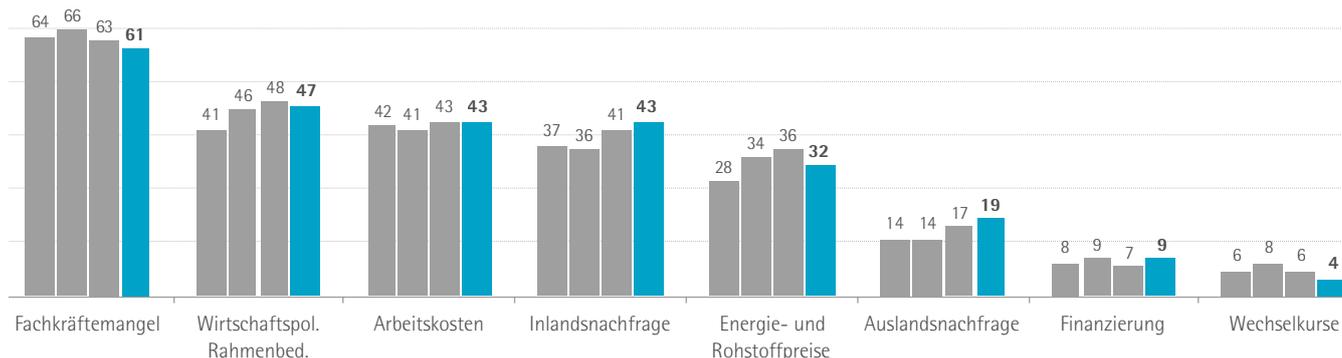


Investitionen



Beschäftigung





Wo sehen die bayerischen Unternehmen die größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens in den kommenden 12 Monaten? Mehrfachantworten möglich, in %, Frühjahr 2018, Herbst 2018, Jahresbeginn 2019, Frühjahr 2019 (von links nach rechts)

Sonderfragen

In welchen Risiken sehen die Unternehmen eine Belastung für die eigene wirtschaftliche Entwicklung (Einzelnennungen ja/nein):

- 52 % der bayerischen Unternehmen sehen in der wirtschaftlichen Instabilität europäischer Mitgliedsländer ein Geschäftsrisiko.
- 48 % der Industriebetriebe sehen im Brexit ein Risiko für ihr Unternehmen.

Risiken

- Trotz Konjunkturabkühlung bleibt der Fachkräftemangel mit 61 % das am häufigsten genannte Risiko.
- Wirtschaftspolitischen Risiken wird mit 47 % ein ähnlich hohes Gewicht beigemessen wie zu Jahresbeginn.
- Nachfragerisiken steigen abermals: Eine nachlassende Inlandsnachfrage sehen 43 %, eine Eintrübung der Auslandsnachfrage 19 % als Risiko an.

Auch das Risikobarometer zeigt höhere konjunkturelle Unsicherheiten an. Die „rein“ konjunkturellen Risikoindikatoren – die Inlands- und Auslandsnachfrage – werden deutlich häufiger als zuletzt genannt: Eine Eintrübung der Inlandsnachfrage sehen 43 % der Unternehmen als Risiko an, im Herbst lag dieser Wert noch bei 36 %, und eine Abschwächung der Auslandsnachfrage nennen 19 % der Unternehmen, nach 14 % im Herbst.

Die Achillesferse für die Geschäftsentwicklung bleibt der Fachkräftemangel. Aktuell sehen ihn 61 % der Unternehmen als Gefahr an. Die wirtschaftliche Eintrübung hinterlässt jedoch auch hier ihre Spuren: Im Herbst 2018 wurde der Fachkräftemangel noch von 66 % der Unternehmen als Risiko genannt. Der Rückgang zeigt, dass sich das Risikobarometer hin zu höheren konjunkturellen Risiken verschiebt.

Eine anhaltend hohe Verunsicherung geht von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen aus: 47 % sehen hierin ein Geschäftsrisiko für ihr Unternehmen. Dies sind ähnlich viele wie zu Jahresbeginn als mit 48 % der höchste Wert seit 2017 erreicht wurde. Konkret nach einzelnen Risiken befragt, nennen die Unternehmen insbesondere eine zu hohe Bürokratie, Handelskonflikte, den Brexit, die Diesel-Diskussion bzw. die Wende zur E-Mobilität oder eine verfehlte Wirtschaftspolitik zu Lasten der kleinen Unternehmen und eine zu hohe Steuerlast.

Wirtschaftspolitische Forderungen

Die Talfahrt der bayerischen Wirtschaft setzt sich fort. Die Unternehmen stellen sich auf eine Phase schwächeren Wachstums ein. Dies hat Konsequenzen – auch für den Staat: Die Steuereinnahmen des Bundes werden nicht mehr so stark steigen wie von der Regierung erhofft. Dies hat auch eine positive Seite: Sprudelt nicht immer mehr Geld in den Staatshaushalt, muss sorgsamer gewirtschaftet werden. Wo sollten die Prioritäten jetzt liegen?

Um einem weiteren Abdriften der Konjunktur in eine längere Stagnation oder gar Rezession frühzeitig entgegenzuwirken, müssen Anreize für mehr Investitionen gesetzt werden. Der effektivste, weil am schnellsten wirkende Ansatz, stellt eine Reduzierung der Steuerbelastung dar. Im internationalen Vergleich unterliegen Unternehmen einer hohen Belastung. Für alle Unternehmen sollte ein international wettbewerbsfähiges Niveau der Steuerbelastungen von höchstens 25 Prozent erreicht werden kann. Da rund 80 % der bayerischen Unternehmen der Einkommenssteuer unterliegen, sollte zugleich die Einkommenssteuer insbesondere im unteren Bereich gesenkt und der Mittelstandsbau abgebaut werden. Dies würde vor allem kleine Unternehmen entlasten. Zudem sollten die Abschreibungsregeln für digitale Wirtschaftsgüter an ihre tatsächliche Nutzungsdauer angepasst und die Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter erhöht werden. Daneben braucht die Wirtschaft eine bezahlbare und sichere Energieversorgung. Da Deutschland im europäischen Vergleich die höchsten Industriestrompreise hat, sollte die Stromsteuer abgeschafft bzw. auf den EU-Mindestsatz von 0,5 EUR/MWh für betrieblich genutzten Strom gesenkt werden.

Kontakt

Ausführliche Erläuterungen zu den Umfrageergebnissen finden Sie im Internet unter

➔ ihk-muenchen.de/konjunkturbericht

Weitere Informationen:

Dr. Jochen Wiegmann
IHK für München und Oberbayern

☎ 089 5116-0

@ jochen.wiegmann@muenchen.ihk.de